

FLZ vom 25. April 2007

Landtags-Vizepräsidentin Stamm hielt Festrede bei Gründung der Bürgerstiftung Dinkelsbühl

„Eigeninitiative muss künftig Vorrang erhalten

Organisation startet mit einem Kapitalstock von 120 000 Euro – Rund 20 000 Euro ausgeschüttet

DINKELSBÜHL (mk) – Voll im Trend liegt Dinkelsbühl mit seiner neuen Bürgerstiftung, die am Montagabend aus der Taufe gehoben wurde: Der Freistaat, so führte Landtagsvizepräsidentin Barbara Stamm in ihrer Festansprache aus, erlebe derzeit einen regelrechten „Stiftungsboom“. Allein 149 rechtsfähige Stiftungen seien im Jahr 2006 gegründet worden. Ein Beispiel für andere Kommunen solle Dinkelsbühl damit werden.

Die gemeinnützige Dinkelsbühler Bürgerstiftung startet mit einem Kapitalstock von 120 000 Euro, der aus dem Vermögen des im November aufgelösten Fördervereins für Soziales, Kultur und Bildung stammt. Außerdem gehört der Stiftung das ehemalige Schulhaus im Stadtteil Sinbronn, das an die Arbeitsloseninitiative „Brücke zur Arbeit“ vermietet ist. Diesen Kapital-

stock zu vermehren gelte es, um den Handlungsspielraum zu vergrößern.

Die Bürgerstiftung will Kunst und Kultur, Bildung und Erziehung, Natur- und Denkmalschutz sowie die Alten- und Jugendhilfe fördern. Das Förderprogramm ist breit ausgelegt, um die Ziele möglichst vieler Stifter abzudecken, wurde in der Satzung festgelegt. Dass Bürgerstiftungen notwendiger denn je seien, unterstrich Stamm, denn der Staat müsse sich zunehmend aus vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zurücknehmen. Das bedeute gleichzeitig auch, dass der Staat bürgerschaftliches Engagement nicht durch bürokratische Erschwernisse behindern dürfe. Für die Menschen bedeute dies, dass dort, wo der Staat sich zurücknehme, mehr Verantwortung auf sie selbst zukomme.

Durch Bürgerstiftungen könnte Beispielhaftes im Bereich Kinder, Jugend

und Familie auf den Weg gebracht werden, denn dies seien Investitionen in die Zukunft. Gerade im präventiven Bereich könnten die Kommunen nicht mehr alles leisten und hier könnten Stiftungen sinnvoll aktiv werden. Stamm bezeichnete in diesem Zusammenhang die Bildungspolitik als „Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts“.

Der Eigeninitiative der Bürger müsse künftig Vorrang eingeräumt werden. Bürgerstiftungen hätten den Vorteil, nahe an den Entscheidungsträgern zu sein. Zudem seien Menschen „für den Bereich der Heimat immer zugänglicher“. Für den modernen Staat bedeute bürgerschaftliches Engagement nicht „Ersatz für staatliches Handeln“, vielmehr sei dieses die Grundlage der Demokratie.

Vor dem Eintrag der Sozialpolitikerin in das Goldene Buch der Stadt erhielten ausgewählte Projekte vom Vor-



Nach Gründung der Bürgerstiftung: Die Stiftungsvorstände Ludwig Ochs und Friedrich Lechler, Isabell Lang-Oertel vom Kinderschutzbund, Ruth Reuter, Direktorin des Dinkelsbühler Gymnasiums, Landestheater-Intendant Peter Cahn, Förderzentrumsleiter Albert Schiepek, Paul Beitzer und Wenzel Hammerl von der „Brücke zur Arbeit, Maximilian Mattausch vom Jugendparlament Dinkelsbühl, Stiftungsvorstand Dr. Christoph Glenk und OB Dr. Christoph Hammer (von links) mit Landtags-Vizepräsidentin Barbara Stamm.
Foto: Haas

stand der Bürgerstiftung, die aus den Chefs der örtlichen Regionalbanken besteht, insgesamt 20 200 Euro, darunter das Landestheater, das mit 6000 Euro für den Umbau der Theaterscheune gefördert wurde, die Arbeitsloseninitiative „Brücke zur Arbeit“ (5000 Euro), das Projekt „Streicherklasse“ des Gymnasiums Dinkelsbühl

(1000 Euro) sowie die Mittagsbetreuung des sonderpädagogischen Förderzentrums (1000 Euro).

Stiftungsrats-Vorsitzender Dr. Jürgen Walchshöfer sagte, einer Stadt gehe es gut, wenn sich ihre Bürger engagierten. Oberbürgermeister Dr. Christoph Hammer erinnerte an die lange Stiftertradition in Dinkelsbühl.